

IMPULS DER INITIATIVE

**SOCIETAS HUMANA –
OECONOMIA SERVANDA**

EIN
«NEUER»
GESELL-
SCHAFTS-
VERTRAG

EIN VORSCHLAG

EIN «NEUER» GESELL- SCHAFTS- VERTRAG EIN VORSCHLAG

- » Dieser Impuls soll anregen, gleichermaßen Vorschläge zu erarbeiten, zu vertiefen und zu verbreiten. Gewünscht ist ein Hinweis auf die partei- und interessenungebundene pro bono Initiative SOCIETAS HUMANA – OECONOMIA SERVANDA.

Juni 2021

EINLEITUNG	4
FEHLENTWICKLUNGEN	5
URSACHEN	7
ZEITENWENDE	9
NEUER GESELLSCHAFTSVERTRAG	10
SCHLUSSFOLGERUNGEN	11
EINZELASPEKTE	14
LITERATUR	22

EINLEITUNG

Die große Erzählung vom „Wohlstand für Alle“ Ludwig Erhards ging vor fünfzig Jahren zu Ende. Es folgten keynesianische, neoliberale, wohlfahrtsstaatliche Geschichten, die den Titel „Soziale Marktwirtschaft“ gemein hatten, ihrem Inhalt nach sich immer weiter vom ursprünglichen Kern entfernten.

Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftssystem, sie ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die aus geschichtlichen Erfahrungen, den Erkenntnissen der „Freiburger Schule“ und der Katholischen Soziallehre hervorgegangen ist. Zentral war der enge Zusammenhang von Wirtschaftspolitik und Sozialordnung, ein pragmatisches System von Regeln, das eine programmatische Einheit bildete und für das damalige Handeln bestimmend war. Die Soziale Marktwirtschaft unterscheidet sich von einem System, das dem Marktmechanismus uneingeschränkt Vorrang gibt oder einem das opportunistisch in das Marktgeschehen eingreift. Für Deutschland war die Soziale Marktwirtschaft kennzeichnend. In Österreich und in der Schweiz wurde die Marktwirtschaft in Teilen unterschiedlich praktiziert. In den skandinavischen Ländern ist sie mit einem markanten egalisierenden Einschlag (Schwedisches Modell) versehen.

Ausgehend von sich häufenden Fehlentwicklungen der letzten 50 Jahre wird im Folgenden versucht, deren Ursachen auf den Grund zu gehen, um schließlich einen Vorschlag zu machen, der auf eine gemeinwohlverträgliche Marktwirtschaft und eine gefestigte Gesellschaft hinausläuft. In Anbetracht des Umfangs und der Tiefe des Themas sind zum Schluss die einzelnen Aspekte aufgelistet.

FEHLENTWICKLUNGEN

Zusammenfassend lassen sich folgende problematische Entwicklungsstränge ausmachen:

ORDNUNGSPOLITISCHE VERWÄSSERUNG

Die Erhardsche Konzeption des Sozialen der Marktwirtschaft lag in der Vermeidung ungleicher Marktmacht und im Erreichen eines Grundwohlstandes aller. Diese Wirtschafts- und Sozialpolitik zeichnete sich durch eine pragmatische, auf Gemeinschaft zielende ganzheitliche Ausrichtung aus. Sie betonte Arbeit als Wert und Pflicht und zollte christlichen Prinzipien und Sozialtugenden Anerkennung. Für die demokratische Ordnung wurden sie als unabdingbar erkannt (Böckenfördesches Diktum). Dieses Verständnis begann sich in den 1970er-Jahren aufzulösen, als der Wiederaufbau zum vorläufigen Abschluss gekommen, bereits ein beachtliches Konsumniveau erreicht und Vollbeschäftigung normal war.

ÜBERGANG ZUM WOHLFAHRTSSTAAT

Der Staat trat immer mehr als Garant für Wachstum und Wohlstand auf. Die Zusammensetzung der Wirtschaft verlagerte sich von der Gütererzeugung zu Dienstleistungen. Der Nominalsektor vergrößerte sich stetig. Vorbild für die sozialstaatlichen Maßnahmen wurde Schweden mit einem behütenden Staat und einer egalitären Gesellschaft. Das Bild von einer Bürgergesellschaft mit tradiertem Gemeinschaftsgeist und Familiensinn verblasste. Die Gesellschaft bewegte sich in Richtung Konsum und scheinbarer Individualität. Und der Staat sorgte für mehr Umverteilung mit der Maßgabe von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit.

ZUNEHMENDE KAPITALMARKTORIENTIERUNG

In der angelsächsischen Welt wurde die Soziale Marktwirtschaft als „Rheinischer Kapitalismus“ abgewertet, galt als vormodern und aus Sicht von Inverstoren als ineffizient. Unter sozialdemokratisch-grüner Regierung kam es zur Auflösung der Deutschland AG, des Unternehmensgeflechts von Großindustrie, Banken und Versicherungen. Globalisierung und die radikale Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft und von Infrastruktureinrichtungen beförderten die Übernahme angelsächsischer Praktiken der Unternehmensführung. Deren Vertreter gewannen wachsenden Einfluss auch in der Politik. In vielen Branchen kam es zu großer Konzentration, börsennotierte Konzerne und mittelständischer/Familienunternehmen bewegten sich weiter auseinander. Die Gemeinschaftsverpflichtung vor allem börsennotierter Unternehmen nahm ab.

STAAT UND EU:

BÜROKRATISCHER, INTERVENTIONISTISCHER, ZENTRALISTISCHER

Die Folgen fehlender Arbeitsanreize, mangelnder Integration und ungesteuerter Migration wurden notorisch unterschätzt. Die wiederholt angekündigte Modernisierung des Landes, insbesondere durch Digitalisierung und in der Infrastruktur blieb zu einem großen Teil aus. Das Netz der Regulierung wurde enger geknüpft, mehr Beamte, die Administration größer, nicht effizienter. In der Energie- und Flüchtlings-/Migrationspolitik kam es zu abrupten Entscheidungen. Zuletzt brachte die Corona-Pandemie unerwartete Defizite in Resilienz, Vorbereitung und Krisenbewältigung zutage. Verordnete Freiheitsbeschränkungen ließen vorübergehend das Bild eines starken, exekutiven Staates aufkommen. Doch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung und in die EU wich immer mehr. Das Konzept des gemeinsamen, freien Marktes stieß an vorhersehbare, unüberwindliche Hürden: die der beschränkten Mobilität von Arbeit und die der stark unterschiedlichen Produktivität europäischer Volkswirtschaften. Das Fehlen eines optimistischen Zukunftsbildes und das Ignorieren bewährter Regeln wurden offenkundig.

URSACHEN

Als Erklärung des eingetretenen Zustandes können folgende Punkte gelten:

SCHWÄCHUNG VON EIGENVERANTWORTUNG UND BINDUNG

Das Wohlfahrtsstaat-Syndrom schwächte Eigenverantwortung, Gemeinschaftsleistung und den Gemeinsinn. Die Vorteilsnahme durch smarte Gruppen wird begünstigt. Nach allgemeiner Erfahrung erzeugt weit fortgeschrittene Individualisierung Orientierungslosigkeit, Anonymisierung und Einsamkeit.

Die innere Stärke von Familie und Gemeinschaft leidet, die Gesellschaft fragmentiert sich. Das Vertrauen in den Rechtsstaat lässt nach und die gemein-/ gesellschaftliche Bindung schwindet. Eine Demokratie mit immer mehr anonymen Konsumenten, Empfängern von Sozialleistungen, Staatsangestellten, einem wachsenden Prekariat und einem Heer von Zeitbeschäftigten ist anfällig für das Abgleiten in einen semi-sozialistischen Wohlfahrtsstaat.

KOMMERZIALISIERUNG WEITER LEBENSBEREICHE

Gesundheit und Pflege, Bildung, Sport und Unterhaltung, Freundschaft und Partnerschaft, Wohnen und Urlaub, nahezu alle Lebensbereiche sind starken ökonomischen Einflüssen und Zwängen unterworfen. Damit verbunden ist der Verlust von Sinn, Zuneigung und gegenseitigem Zusammenstehen. Das Leben findet jedoch seine volle Erfüllung jenseits von Job, Konsum und Freizeit.

Unter der verengten Kapitalmarktsicht sind Unternehmen lediglich Transaktionseinheiten mit dem primären Ziel der Gewinnerwirtschaftung. Einseitiges Effizienzstreben ist jedoch auch im staatlichen Bereich unzulänglich. Das zeigt sich deutlich bei der Infrastruktur: Energie, Ver-

kehr, Kommunikation (insbes. Cyber-Verwundbarkeit), Gesundheits-/Pfleagesektor. Die Eigenversorgung bei kritischen Gütern ist nicht mehr gegeben und scheinbar sichere Lieferketten erwiesen sich als brüchig.

VORDRINGEN VON SONDERINTERESSEN

Mit dem Zuwachs an Wohlstand und übermäßigem Einkommen vor allem an der Spitze börsennotierter Unternehmen, von Beratungs- und Finanzorganisationen wird der Zusammenhalt einer Gesellschaft schwächer. Elitäres Verhalten entzweit die Gesellschaft („McKinsey-Gesellschaft“) und führt zur Auflösung der gesellschaftlichen Mitte und eines breiten Mittelstandes. Viele Dax-Unternehmen folgen einer ausgeprägten Kapitalmarktlogik (Shareholder Value) mit dem Ziel, die Marktmacht auszubauen. Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft war bekanntlich fairer Wettbewerb. Trotz Kartellgesetzgebung hat die Machtballung in vielen Branchen stark zugenommen. Man denke an die Konzentration allein im Lebensmittelhandel.

Der Mittelstand wiederum erbringt einen überproportionalen Gemeinwohlbeitrag und trägt in hohem Maße zur Vielfalt der Regionen und zum Reichtum der Kommunen bei. Dennoch ist die politische und fiskalische Ungleichbehandlung dieses beschäftigungsstarken Sektors gegeben.

In hohem Maße problematisch ist die politisch hingenommene Vermachtung von Wirtschafts- und Lebensbereichen durch die einschlägigen US- (Daten-) Internet Player. Deren Geschäftsmodelle sind auf Abschöpfung und Abhängigkeit angelegt. Die Gemeinwohl Nachteile der Plattformökonomien sind so offensichtlich wie die Überrenditen ihrer marktbeherrschenden Vertreter. Mit der aggressiven Internetökonomie ist der Sozialen Marktwirtschaft - und den Wirtschaften Europas - eine ernsthafte Gefahr erwachsen, die von der Politik nicht bewältigt wird.

ZEITENWENDE

Ein großer Teil der Gesellschaft hat das Gefühl, inmitten einer Zeitenwende zu stehen. Die rasche Abfolge von Krisen summiert sich zu großem Unbehagen: Finanzkrise (ab 2007), Staatsschuldenkrise Griechenland (2009), Flüchtlingskrise (2015/16), Corona-Epidemie (2020), anhaltende Natur- und Klimakrise. Regelmäßig überrascht hat die mangelnde Vorbereitung sowohl beim Staat als auch in der Wirtschaft. Die dabei aufgedeckten Systemmängel auf nationaler und EU-Ebene bestehen weitgehend fort. Das Patchworking mit vielen, wenig koordinierten Reparaturen schafft kein Vertrauen. Das Unvermögen, Herausforderungen anzunehmen ist verbreitet – im Unterschied zu vor 50 Jahren.

Mit dem Internet ist eine tiefgreifende technologisch-wirtschaftliche Veränderung eingetreten. Seine Wirkung auf Gesellschaft und Wirtschaft wurde falsch eingeschätzt. Verloren gingen Teile der Souveränität des Staates und der versprochenen Autonomie von Nutzern. Bis zur Corona-Pandemie nahm die Globalisierung ihren ungehemmten Lauf. Von interessierter Seite wurde sie als säkularer Produktivitätsschub gepriesen, ohne die Folgen für Verlierer und neue Abhängigkeiten zu berücksichtigen. Eingetreten ist die Überdehnung der Logistik, die sich in zunehmend fragilen Lieferketten und Versorgungsengpässen zeigt; zum Beispiel bei Chips, Grundstoffen für Medikamente, Kommunikationsgeräten und Software. In jüngster Vergangenheit kam es noch zu einer einzigartigen Machtverschiebung: China führt mit seiner Dynamik und Größe eine Neuordnung der Weltwirtschaft herbei. Bedeutsame Abhängigkeiten sind unübersehbar.

Der skizzierte Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft verlangt nach einem umfassenden Ausräumen im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft.

EIN “NEUER“ GESELLSCHAFTSVERTRAG

Maßgabe ist das Wiederanstreben einer menschenfreundlichen und gemeinschaftsdienlichen Wirtschaft. Wirtschaft soll die Gesellschaft nicht beherrschen, Menschen nicht zu Konsumenten entwerten. Um das zu erreichen, sind nachfolgende Grundsätze einzuhalten:

ORIENTIERUNG AM CHRISTLICHEN MENSCHENBILD UND EINER VERTRÄGLICHEN GESELLSCHAFT

Dem aus der Christlichen Soziallehre stammenden und im Grundgesetz verankerten Imperativ der menschlichen Würde muss bleibende, umfassende Verbindlichkeit zukommen. Für die Wirtschaft bedeutet dies nicht unterschreitbare Standards im Umgang.

Auf die grundsätzliche Frage „wieviel Egoismus soll erlaubt sein“ bzw. „wieviel Gemeinnutz ist verlangt“ sind pragmatische Antworten zu finden. Der aristotelische Grundsatz vom Menschlichen Maß ist dabei richtungsweisend und Gegenmittel zu Vermassung und Übertreibung.

SUBSIDIARITÄT, DEZENTRALISIERUNG, EINFACHHEIT ALS GESTALTUNGSGRUNDSÄTZE

Die Soziale Marktwirtschaft gründet auf Eigenverantwortung. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, die Entfaltung des Einzelnen in Gemeinschaft zu ermöglichen, so dass er einen angemessenen Status in der Gesellschaft erhält. Subsidiarität fängt beim Einzelnen und der Familie an und setzt sich fort in kommunalen und regionalen Bezügen. Subsidiarität „von oben“, wonach EU und Bundesregierung bestimmen, was den nachgeordneten Ebenen zukommt, ist demokratieuntauglich und unterbindet wünschenswerte Initiativen. Sind Organisationen und Situationen überschaubar, reichen einfache Regeln, braucht es keine komplizierten Regelungen, die in aller Regel nur den Bestinformierten zum Vorteil sind.

STÄRKUNG VON BINDUNG UND ZUSAMMENHALT

Freiheit soll gemeinschaftsverpflichtend sein. Rechtsstaatlichkeit trägt zur Bindung bei. Als Gleichheit vor dem Gesetz genügt sie dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden, bedarf stets der Ergänzung durch geteilte Werte und gemeinsame Tugenden. Zu letzteren gehören Sparen, Vor- und Umsorge für Familie und Anvertraute, auch die Nachbarschaftshilfe. Der Staat in all seinen Einrichtungen kann diese Tugenden nicht beibringen, soll sie aber mit Bedacht und Ausdauer fördern. Solidarität bedeutet mehr als Sozialtransferzahlungen; sie erzeugt Pflichten, nicht nur Rechte auf Seiten der Empfänger und – was meist unterschlagen wird – muss das Miteinander unterstützen, nicht das Nebeneinander. Wichtige Bindungselemente sind eine gute Infrastruktur und eine bürgernahe Verwaltung; sie verbinden auf vielfältige Weise, vermitteln Sicherheit und Vertrauen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Entgegen ständig beschworener Armutbedrohung wurde Wohlstand im Verständnis Ludwig Erhards weitgehend erreicht. Doch von der Entfaltung möglichst vieler und einem guten Miteinander ist unsere Zeit deutlich weiter entfernt als in den Aufbaujahren, die als „gute Zeit“ im Gedächtnis geblieben sind. Diesen nichtmateriellen Mangel abzubauen, das deutlich fühlbare Gemeinschaftsdefizit zu verringern, ist Gebot der Jetztzeit und der nahen Zukunft. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft und vieler gesellschaftlicher Kräfte ist ein solcher Lückenschluss erreichbar. Probleme, die auf eine Lösung warten, sind die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, die Stärkung der Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene, die Verbesserung des regionalen Zusammenhalts, eine nutzerfreundliche Digitalisierung an der Schnittstelle Staat und Bürger.

Wirtschafts-, Gesellschafts-, Bildungspolitik hängen eng zusammen und sollen demzufolge aufeinander abgestimmt sein. Darum bedarf es

einer Programmatik auf Basis bewährter und erneuerter Grundsätze – vergleichbar den „Düsseldorfer Leitsätzen“ von 1949 – und stimmiger Maßnahmen.

Nach 50 Jahren der Verformung der sozialen Marktwirtschaft und mehr als einem Vierteljahrhundert ausufernden Sozialstaates einerseits und neoliberaler, manageristischer Tendenzen andererseits sind die Verge-
wässerung einer bewährten Ordnung und das Gestalten eines hoffnungs-
gebenden Bildes von Wirtschaft und Gesellschaft nötig. Was sollte solch
ein Bild vermitteln? „Entfaltung möglichst vieler, bessere Chancen für
alle“. Oder „Leistung und Gemeinnutz“, „Leistung, Sicherheit und Ge-
meinwohl“, „Freiheit und Verantwortung“, oder? In jedem Fall sollte die
Vorstellung vom sozialen Aufstieg dank Eigenleistung geweckt werden.

Der Blick in die Geschichte zeigt, dass kulturelle-zivilisatorische Blü-
tephasen sich auszeichneten durch Zuversicht, geteilte Tugenden, das
Zusammenwirken gemeinschaftlicher Faktoren (Bildung, unternehme-
rische Freiheit, Vertragssicherheit, Stabilität) und ein Streben nach stän-
diger Verbesserung. Freiheit, Disziplin und Ordnung waren, wenn auch
nicht für alle Teile der Gesellschaft, eine geraume Zeit erfüllt. Einkom-
mensmaximierung, extreme Vorteilsnahme, große Beliebigkeit, staatli-
che Gefälligkeit, häufige Interventionen gab es nicht.

Der Markt ist das bestbewährte Instrument materieller Problemlösung.
Aber erst seine Einbettung in eine funktionierende Gesellschaft macht
ihn gemeinwohlwirksam.

Eine **erste Feststellung** dazu: Es geht weniger um die Frage des Primats
von Markt oder Staat als um ein fruchtbares „sozial und Markt“ bzw.
„Markt und sozial“; es geht um das fortwährende Suchen einer fairen
Gewichtung.

Eine **zweite Feststellung**: Je mehr produziert und konsumiert wird, des-
to eher werden nichtmaterielle Werte verbraucht. Je weniger dem Markt

Gemeinwohlgrenzen gesetzt und Lebensbereiche davon ausgenommen sind, desto mehr werden Mensch und Natur verbraucht. Dem Staat sind Grenzen der Verschuldung zu setzen, weil aus wahltaktischen Überlegungen Fälligkeiten weit in die Zukunft verschoben werden.

Und eine **dritte Feststellung**: Beliebigkeit in Wirtschaft und in Gesellschaft erzeugen Unordnung und Unzufriedenheit. Eine freie Wirtschaft kann in einer geordneten, gemäßigt liberalen Gesellschaft funktionieren. Jedoch am vielversprechendsten ist die Kombination einer verträglichen Gesellschaft mit einer gemeinnützigen Marktwirtschaft.

Zu vermeiden gilt, vom Markt verursachte soziale Schäden durch einen wuchernden Sozialstaat zu reparieren. Die Soziale Marktwirtschaft ist darauf angelegt, gesellschaftlichen und ökologischen Schäden vorzubeugen und sie nicht zu externalisieren. Grenzen des Wachstums auszuweichen liegt nicht in ihrem Wesen. Die Bewahrung der Schöpfung muss unverfügbar sein.

Ein „neuer“ Gesellschaftsvertrag soll nicht nur ein deutsches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sein, vielmehr ein europäisches werden. Kurz: ein „dritter Weg“ im Verhältnis zum Staatskapitalismus Chinas und zum Finanz- und Datenkapitalismus der USA. Die Aussicht auf Langlebigkeit einer solchen Gemeinschafts- und Wirtschaftsordnung ist begründet; die eines technokratischen, kollektivistischen Marktsystems oder eines Gesellschafts-/Staatsmodells, bei dem Reichtum und Wirtschaftsmacht ausschlaggebend sind, ist dagegen fraglich.

Soziale Marktwirtschaft und Demokratie bedingen einander. Soll Demokratie vital sein, muss sie wirtschaftlich und gesellschaftlich getragen und zudem generationengerecht sein.

■

EINZELASPEKTE



FEHLENTWICKLUNGEN

Dies ist eine umfangreiche Auflistung wichtiger Fehlentwicklungen der (jüngeren) Vergangenheit in den Bereichen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die „Einzelaspekte“ sollen zu Diskurs, Untermauerung mit Daten und Beispielen anregen.

WIRTSCHAFT

- Einseitige Kapitalmarktorientierung (Shareholder Value); Kurzfristigkeit
- Transaktionsorientierung (v.a. Outsourcing)
- Incentivierung v.a. des Konzern-Top-Managements
- Vermachtung von Märkten und Kunden (M&A); z.T. hohe Branchenkonzentrationen
- Abnahme der Innovationsstärke und Veränderungsbereitschaft, schwacher Zukunftsaufwand
- Hohe Risikoexposition von Banken (TBTF), unkontrollierter Private Equity-Sektor, intransparente Kryptowährungen
- Politische Unterrepräsentanz des Mittelstandes, von Familien- und Stiftungsunternehmen

STAAT

- Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates (Unmündigkeitssyndrom)
- Vernachlässigung breiter Vermögensbildung (v.a. Wohnungseigentum)
- Laissez-faire-Wettbewerbspolitik
- Wachsender Einfluss von Para-Government (NGOs, Lobbyisten, Berater)
- Detaillierte Verrechtlichung von Regierungshandeln und Verwaltung
- Überproportionales Wachstum des Beamtenapparates und der Parlamente
- Überregulierung von Arbeitsmarkt, Energiesektor, Verkehrsbereich
- Privatisierung von Post/Telekom, Bahn, Versorgungsunternehmen ohne ausreichende Gemeinverpflichtung
- Schwache Investition in die Infrastruktur (Gesundheit/Pflege, Verkehr, Kommunikation)
- Schleichender Abbau von Gemeinschaftsaufgaben (Verteidigung, Sicherheit)
- Spontane Energiewende: forcierte Umstellung auf alternative Energieerzeugung
- Wucherung von Subventionstatbeständen, Vermischung staatlicher Zuständigkeiten (Zuständigkeitsdickicht), Verkomplizierung des Steuerwesens
- Beschränkt rationaler, wenig erfolgreicher Klima-/Umweltschutz
- Aufbau eines gigantischen „Schuldenturms“ infolge Corona
- Entwertung des Sparens (EZB-Politik), unattraktive Vermögensbildungsprogramme
- Verdrängung des Bargeldverkehrs („gläserner“ Staatsangehöriger)
- Zunahme metastaatlicher Regulierung durch die EU; Zentralisierung
- Inflation von Vermögenspreisen
- Problematische Arbeitsmigration infolge EU-Freizügigkeitsregeln
- Nur „materielle“ Integration der Neuen Bundesländer

GESELLSCHAFT

- Neigung zu sofortiger, umfassender Bedürfnisbefriedigung (Konsumismus, Hedonismus)
- Zunahme physischer und psychischer Zivilisationskrankheiten
- Social Media-Abhängigkeit, Verflachung des medialen Konsums
- Verstädterung, Zunahme regionaler Unterschiede, Wachsende Einkommensunterschiede bezogen auf Stadt-Land, Nord-Süd, Ost-West
- Akademisierung; extensives Wachstum der Sozialwissenschaften; nachlassende Wertschätzung der dualen Ausbildung
- Ideologisierung von Gesellschaftsthemen: Gender, Gleichstellung, Identität, Diversität
- Ungesteuerte Migration; problematische Diversität; Verbreitung von Parallelgesellschaften, Entstehen von Problemvierteln, Zunahme von Kriminalität und Bildungsferne
- Anhaltende demographische Schieflage: niedrige Geburtenrate
- Wachsende Altersarmut und Vereinsamung



URSACHEN

Dies ist eine umfassende Aufzählung von Ursachen, die zu den Fehlentwicklungen der (jüngeren) Vergangenheit geführt haben. Zu beachten ist, dass die aufgezählten Ursachen verschieden konkret sind und als solche Fehlentwicklungen sein können.

WIRTSCHAFT

- Ökonomisierung von Leben und Gemeinschaft; Arbeit als Ware; Mensch als abhängiger Konsument
- Zunahme von Abschöpfung (v.a. Shareholder Value) und

Externalisierung; einseitiges Effizienzstreben; Abnahme unternehmerischen Denkens

- Ausbreitung von Absicherungsverhalten und Misstrauenskultur (v.a. Compliance)
- Vermeidung persönlicher Haftung (Verlagerung auf Unternehmen)
- Selbstprivilegierung mächtiger Gruppen (Managerismus); Funktionärselite bei Gewerkschaften und Verbänden
- Bedeutungszuwachs des Parabusiness-Sektors: v.a. Managementberater, Wirtschaftsprüfer, Lobbyisten

STAAT UND EU

- Politik des Reparierens (Mega-Sozialamt Staat); Bevorzugung öffentlichkeitsstarker Gruppen von „Benachteiligten“; Randthemen-Priorisierung
- Schwächung des Föderalismus; Re-Zentralisierung („Berlin-Syndrom“)
- Betonung von Anspruchsgerechtigkeit statt Chancengerechtigkeit
- Mangelnde parlamentarische Abbildung der bürgerlichen Mehrheit
- Wucherung von Komplexität in Legislative und Exekutive (z.B. Steuern und Abgaben), Fraktionierung von Verantwortung, fehlende Übersichtlichkeit
- Bedienung von Sonderinteressen (z. B. Auto-/ Flugzeugindustrie, Tourismus)
- Unergebiger Länderfinanzausgleich
- EU: technokratischer Regulierungsapparat; nicht legitimierte Finanztransferanstalt; Intervention zugunsten von Großstrukturen/-unternehmen; Passivität gegenüber internationalen Playern; Abbau regionaler Vielfalt und kleinteiliger Strukturen



GESELLSCHAFT

- Wandel zu einer utilitaristischen, egozentrischen Gesellschaft
- Abbau des Gemeinwohls zugunsten von Einzelansprüchen und Sonderinteressen; gewuchertes Anspruchsdenken
- Ansehensverlust der Würde und sozialen Bedeutung von Arbeit
- Abnahme von Bindung: Familie, Kirchen, Vereine, Verbände, Gewerkschaften
- Gesellschaftspolitische Aufwertung Alleinerziehender, Singles, Partnerschaften
- Abwertung bürgerlicher und sozialer Tugenden (Haushalten, Sparen, Nachbarschaftshilfe), Nachlassen von Arbeitsethos, Disziplin, öffentlicher Ordnung
- Vernachlässigung von Erziehung, Nivellierung und Funktionalisierung von Bildung (Kompetenzen vs. Verständnis), Abwertung „praktischer“ Berufsbilder
- Vordringen und Oktroyieren identitätsfixierter Ideologien (z.B. Gender) und von Scheinwerten (z.B. Diversität) und quasireligiöser Einstellungen (Klima, Ernährung)
- Social Media-Auswirkung: Aufmerksamkeitsverlust, Polarisierung, Oberflächlichkeit, Banalisierung, Manipulation



EIN „NEUER“ GESELLSCHAFTSVERTRAG

Dies ist eine umfangreiche Auflistung von Vorschlägen, die auf eine gemeinschaftsverträgliche Wirtschaft und eine der Entfaltung des Einzelnen und dem Gemeinsinn verpflichtete Gesellschaft zielen. Die „Einzelaspekte“ sollen zu Konkretisierung und Findung von Lösungen anregen; insbesondere die erwünschte Sammlung guter Beispiele soll handlungsorientierend sein.

WIRTSCHAFT

- Förderung verantwortungsvoller Unternehmensführung und größere Unabhängigkeit der Unternehmensaufsicht; Einschränkung von Haftungsausschlüssen; Charakter als Kriterium für Führungspersonal
- Unterstützung des betrieblichen Zusammenhalts: faire Entlohnung und angemessene Vergütung; ständige Mitarbeiterentwicklung
- Vermehrte Nutzung stabilisierender Unternehmensrechtsformen (Stiftungen, Gesellschaft „mit gebundenem Vermögen“)
- Belohnung längerer Haltedauer von Aktien
- Familienfreundliche und altersgemäße Beschäftigungsverhältnisse
- Optionale Beteiligung von Belegschaften an der Wertschöpfung (firmenspezifische Modelle)
- Schaffung von Clustern (Wertschöpfung in räumlicher Nähe); Re-Lokalisierung

STAAT UND EU

- Wiederherstellung und institutionalisierte Verankerung des ordnungspolitischen Gewissens
- „Mündiger Bürger“ als Referenz für staatliches Handeln
- Glaubwürdige Vermittlung von Zuversicht; wahlperiodenübergreifendes Denken u. Handeln

- Förderung junger Familien: Wohnbau, Schule/Erziehung
- Echte Subsidiarität, Rückbau von Großstrukturen, Pflege kleinteiliger/dörflicher/stadtteiler Strukturen, Überschaubarkeit, Vereinfachung; Vernetzung der Verwaltung
- Stärkung der Selbstverwaltung (bzw. mittelbaren Staatsverwaltung): Berufsgenossenschaften, Kammern, Verbände
- Angemessene Reziprozität bei Inanspruchnahme von Unterstützung
- Ausgleich für „unfaire“ Gewinne (z.B. Immobilieneigentum in Städten, Versand- vs. Einzelhandel)
- Abbau steuerlicher Begünstigung von Kapitaleinkommen/-gewinnen; angemessene Besteuerung großer Kapitalunternehmen, insbesondere von Internet-Konzernen und Fonds
- Besteuerung schneller Kapitaltransaktionen (Hochfrequenzhandel)
- Unterbindung von Markt-Vermachtung durch Plattformökonomie/-medien
- Stärkung des Bildungsstrebens und Unternehmertums; Förderung MINT-Fächer, Anregung zu Unternehmertum (Startups)
- Echte Wertschätzung sozialdienstlicher Berufe
- Prinzip des „Nicht-schaden“ anwenden: Immissionen, Umweltverschmutzung, Ernährung, Tierhaltung; Vermeidung von Verschwendung (v.a. Lebensmittel)
- Förderung mittelständischer, dezentraler Strukturen (v.a. Einzelhandel, Gastronomie, Landwirtschaft); von Kooperativen und Stiftungen
- Förderung junger Unternehmen: administrative Vereinfachung, Beschaffungspolitik, IP-Übertragung, Wachstumsfinanzierung
- Unterstützung kreislaufwirtschaftlicher Strukturen, von Verfahren zur Energie- und Ressourceneinsparung
- Vorausschauende Pflege der Infrastruktur; Sicherheit der Energieversorgung durch entsprechenden Mix
- Förderung des Wohnungseigentums als Altersversorgung und zur lokalen Bindung; Unterbindung von Spekulation

auf dem Wohnungsmarkt

- Dezentralisierung und Vereinfachung der „Mitbestimmung“; Betonung der Betriebssolidarität
- Altersversorgung mit Beteiligungskomponente am Produktivvermögen (z.B. Fonds)
- Schutz persönlicher Daten im Internet; Entgeltlösungen

GESELLSCHAFT

- Christliches Menschenbild (Personalität/Würde) als universale Orientierung
- Vorstellung von einem „guten Leben“ und einer „wohlverträglichen“ Gesellschaft (Entfaltung des Einzelnen, Gemeinschaftssinn, Entschleunigung, Zugehörigkeit)
- Wahrung der Schöpfung (umfassender als Umwelt- und Klimaschutz) als Gemeinwohlgebot
- Anerkennung der Familie als gesellschaftskonstitutives Element
- Förderung bürgerlicher Tugenden: Sparen, Vorsorgen, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt
- Beheimatung und Zugehörigkeit (Gemeinschaften/Vereine, Nachbarschaft) für die seelisch-psychische Gesundheit; Gemeinsinn
- Verpflichtendes Gemeinschaftsjahr für alle Jugendlichen
- Stärkung der Nahversorgung (täglicher Bedarf)
- Wertschätzung von Ästhetik (Städtebau, Architektur)
- Wert auf Dauerhaftigkeit von Gütern; Reparaturfähigkeit
- Wiederpflege von Traditionen, Ritualen und Stil; Sonn- und Feiertagsordnung
- Werbung für gesunde Lebensweise; Vermeidung von Suchtabhängigkeit (u.a. Medikamente; Medien)
- Partnerschaft zwischen den Generationen verstärken; Zusammenleben von Alt und Jung/ Mehrgenerationen-Häuser/-Viertel



LITERATUR

- Biebricher Thomas, Ptak Ralf: Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus – Zur Einführung, Junius, 2019
- Collier Paul: Sozialer Kapitalismus!
Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft, 2019, Siedler
- Collier Paul, Kay John: Das Ende der Gier, Siedler, 2020
- Deneen Patrick J.: Warum der Liberalismus gescheitert ist, Müry-Salzman, 2019
- Erhard Ludwig,: Wohlstand für Alle, 1957 (Neuaufgabe 2007)
- Eucken Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 1939, (Springer 1989)
- Goldschmidt Nils, Wohlgemuth Michael, (Hrsg.): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, 2004, Mohr- Siebeck.
- Hoefle Manfred J.: Managerismus, Wiley; 2010; (www.managerismus.com)
- Horstmann Ulrich: Ludwig Erhard jetzt – Wohlstand für alle Generationen, FBV, 2015
- Kohr Leopold: Die Lehre vom rechten Maß.
Aufsätze aus fünf Jahrzehnten. Müller, 2006
- Miegel Meinhard: Exit – Wohlstand ohne Wachstum, Propyläen, 2010
- Müller-Armack Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik.
Studien und Konzepte zur sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration, Haupt, 1966
- Müller Christian, Nass Elmar, Johannes Zabel (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft – Ordnung der Zukunft, Aschendorff, 2020

- Nass Elmar: Christliche Sozialethik, Kohlhammer, 2020
- Reich Robert B.: Rettet den Kapitalismus, Campus, 2016
- Röpke Wilhelm: Die Lehre von der Wirtschaft, 1937 (Haupt, 1994)
- Röpke Wilhelm: Civitas Humana – Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, 1944, Haupt, 1979
- Sandbu Martin: Economics of Belonging, Princeton University Press, 2020
- Sandel Michael J.: Vom Ende des Gemeinwohls, S. Fischer, 2020,
- Sandel Michael J.: Was man für Geld nicht kaufen kann – die moralischen Grenzen des Marktes, 2012, Ullstein, 2012
- Scruton, Roger: Von der Idee, konservativ zu sein, FBV, 2019
- Ullrich Hans Günther: Maßstab Mensch, Bachem Editionen, 2020

- Düsseldorfer Leitsätze: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/duesseldorfer-leitsaetze-vom-15.-juli-1949>
- Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, 2008
- Der Kompass – Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert, MIT-Grundsatzprogramm, 2017
- Ein Deutschland-Plan für mehr Freiheit und Verantwortung, MIT-Editorial, 2021

- Stiftung Marktwirtschaft: www.stiftung-marktwirtschaft.de
- Walter Eucken Institut e.V.: www.eucken.de

Manfred J. Hoefle Lic. oec. HSG

Barellistraße 5, 80638 München, Tel.: +49 (0)89 81 08 92 88

manfred.hoefle@managerismus.com

Der Text dieser Broschüre ist abrufbar unter www.managerismus.com

„Arbeite lieber für die Beseitigung konkreter Missstände als für die Verwirklichung abstrakter Ideale.“

Karl Popper

- » Dieser Impuls ist das Ergebnis von Gesprächen zur Sozialen Marktwirtschaft und der Beschäftigung mit einschlägigen Quellen: Ludwig Erhard, Vertreter der Freiburger Schule, Christliche Soziallehre, angelsächsische und deutsche Kritik des Kapitalismus und Ausarbeitungen zur Reform der Sozialen Marktwirtschaft.
- » Der Inhalt steht zur freien Verfügung.
Er ist abrufbar unter www.managerismus.com
- » Dieser Impuls soll anregen, gleichermaßen Vorschläge zu erarbeiten, zu vertiefen und zu verbreiten. Gewünscht ist ein Hinweis auf die partei- und interessenungebundene Initiative SOCIETAS HUMANA – OECONOMIA SERVANDA.